



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

RATING-AGENTUREN

Die fragwürdige Rolle der Rating-Agenturen

Das ist der Hammer: Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) hat einen Warnschuss abgefeuert, der an den Börsen zum Kanonengeschoss wurde und die Weltwirtschaft in Bann zieht. S&P hat angedroht, die Bonitätsnote für amerikanische Staatspapiere herabzustufen, um auf die Gefahr der sehr hohen Staatsschulden hinzuweisen. Verlieren die USA die Bestnote AAA, hat das weitreichende Folgen. Amerikanische Staatsanleihen werden dann zu einem höheren Risiko. Deshalb werden die Zinsen steigen. Wer dem amerikanischen Staat Geld leiht, will eine höhere Rendite haben.

Die Folgen für die übrige Welt: Der Dollar dürfte abwerten und seine herausragende Rolle als Weltwährung teilweise verlieren. Vor allem werden weltweit Gläubiger (darunter deutsche Privatanleger oder Lebensversicherungen) gezwungen, ihre Vermögen neu zu bewerten und umzuschichten, weil sie einen erheblichen Teil in Papieren mit der Einstufung »AAA« halten müssen. Keine Frage, die USA sind hoch verschuldet. Der Schuldenstand liegt nur knapp unterhalb 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Und die jährliche Neuverschuldung beträgt mehr als zehn Prozent des BIP. Das sind Dimensionen, die eher auf eine eigendynamische Schuldenspirale verweisen als auf eine schnelle Genesung. Diese Daten sind aber weder neu noch überraschend. Sie haben sich seit der Finanzmarktkrise (wenn nicht schon viel früher bei deren Ursachen) angekündigt, sie sind lange bekannt. Genau deshalb muss es elektrisieren, dass nun ausgerechnet eine Rating-Agentur eine Eskalation provoziert, indem sie einen Dominoeffekt anstößt.

Wer oder was legitimiert die Rating-Agenturen, politische Warnschüsse abzugeben? Rating-Agenturen agieren auf den Finanzmärkten mit nahezu hoheitlichen Kompetenzen, wenn sie ihre Noten verteilen, die von den staatlichen Finanzaufsichtsbehörden zur Geschäftsgrundlage gemacht werden. Schon eine korrekte Risikobewertung ist – wie Fehlurteile mehr als eindrücklich belegen – eine Aufgabe, der Rating-Agenturen kaum gerecht werden.

Ganz offensichtlich und grundsätzlich sind Rating-Agenturen nicht in der Lage, brauchbare Informationen zur Früherkennung von Problemen zu liefern. Ihre Signale drohen eher Krisen zu verursachen, statt sie zu verhindern. Das sind grundsätzliche Probleme, die nur am Rande durch eine Forderung nach besserer oder strengerer Regulierung behoben werden können. Deshalb hilft eine Europäisierung der Rating-Agenturen als Gegenentwurf zu den angelsächsischen Anbietern nicht weiter.

Trotz ihrer Bedeutung für die Finanzmärkte bleiben Rating-Agenturen private Gesellschaften. S&P ist die Tochterfirma eines US-Medienunternehmens, dessen Aktien in privaten Händen liegen. Mit welchem Recht mischen sich Rating-Agenturen in die amerikanische Innenpolitik und den Streit zwischen den Demokraten Obamas und den republikanischen Herausforderern um Steuererhöhungen versus Ausgabenkürzungen ein? Welche Interessen verfolgen sie? Wie weit können Insider von den durch den Warnschuss ausgelösten Schockwellen auf den Finanzmärkten profitieren?

Es wäre nicht das erste Mal, dass Rating-Agenturen eine fragwürdige Rolle spielen. Bereits letztes Jahr wurde ihnen im US-Kongress vorgeworfen, fehlerhafte Bewertungsmodelle angewendet zu haben. Schlimmer noch war die Vermutung, dass Rating-Agenturen als Schiedsrichter mit den Spielern unter einer Decke gestanden haben und es zu Gefälligkeitsurteilen gekommen sei.

Die Anmaßung direkter politischer Einflussnahme zeigt nur eines. Die Suche nach neuen und besseren Regeln für die

Finanzmärkte dürfen nicht auf Kapitalmärkte und Kreditgeschäfte beschränkt werden. Sie muss – vielleicht sogar zuallererst – die Rating-Agenturen unter die Lupe nehmen.

Die Finanzierungsgrundlage der Rating-Agenturen zu ändern wäre ein erster Schritt zur Besserung. Eine vom Aktienhandel durch eine Pflichtabgabe zu erbringende Umlage, in die alle einzahlen müssen, die an Bewertungen durch unabhängige Rating-Agenturen interessiert sind und davon profitieren, könnte ein An-

satz sein. Eine Offenlegung der Bewertungsmodelle und eine strengere Aufsicht über Interessenverflechtungen der Rating-Agenturen wären weitere Schritte. Noch wichtiger wäre es, diese für ihre Bewertungen in Haftung zu nehmen. Bei nachweislichen Fehlern – zum Beispiel nach Prüfung durch eine übergeordnete Kontrollbehörde – sollten Rating-Agenturen verklagt werden können, um Schadenersatzforderungen zu ermöglichen.

Dieser Beitrag erschien am 3. Mai im „Hamburger Abendblatt“.